

178 107052 II

Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 1., 10. u. 20. jeden Monats.

Heft 28.

IV. BAND

1. Juli 1916.

4
1916

INHALT:

1. Cui bono?
2. Dr. Paul Rohrbach: Der Kern der polnischen Frage.
3. Deutschland und die Koalition.
4. Zur Polendebatte im ungarischen Abgeordnetenhaus.
5. Fr. Morski: Aus dem österreichischen Okkupationsgebiete.
6. Vom Büchertisch.
7. Pressestimmen.
8. Notizen.



Einzelpreis: 40 Pf. — Vierteljährlich: M. 3,50.

Verlag der „Polnischen Blätter“

Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28.

Die Polnischen Blätter

erscheinen am 1., 10. u. 20. jeden Monats

Bezugspreis (bei der Post und beim Verlag):

vierteljährlich: M. 3,50. — Einzelheft: 40 Pfennig.

Insertionspreis: $\frac{1}{4}$ S. 50 M. $\frac{1}{2}$ S. 25 M.

Alle redaktionellen Sendungen sind zu richten:

W. Feldman, Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28

Fernspr.: Steinplatz 9923.

Unverlangten Manuskripten ist Rückporto beizufügen.

POLEN

Wochenschrift für polnische Interessen

Redaktion und Administration:

Wien I. Wipplingerstrasse 12

Herausgeber: Universitäts-Professor

Dr. Ladislaus Leopold Ritter v. Jaworski

Preis: 60 H. - 50 Pfg.

Vierteljährlich Postvers. 7 K. - 6 Mk.

Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 1., 10. u. 20. jeden Monats.

Heft 28.

IV. BAND

1. Juli 1916.

INHALT:

1. Cui bono?
2. Dr. Paul Rohrbach: Der Kern der polnischen Frage.
3. Deutschland und die Koalition.
4. Zur Polendebatte im ungarischen Abgeordnetenhaus.
5. Fr. Morski: Aus dem österreichischen Okkupationsgebiete.
6. Vom Büchertisch.
7. Pressestimmen.
8. Notizen.

Einzelpreis: 40 Pf. — Vierteljährlich: M. 3,50.

Verlag der „Polnischen Blätter“

Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28.

Die Polnischen Blätter

erscheinen am 1., 10. u. 20. jeden Monats

Bezugspreis (bei der Post und beim Verlag):

vierteljährlich: M. 3,50. — Einzelheft: 40 Pfennig.

Insertionspreis: $\frac{1}{1}$ S. 50 M. $\frac{1}{2}$ S. 25 M.

Alle redaktionellen Sendungen sind zu richten:

W. Feldman, Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28

Fernspr.: Steinplatz 9923.

Unverlangten Manuskripten ist Rückporto beizufügen.

POLEN

Wochenschrift für polnische Interessen

Redaktion und Administration:

Wien I. Wipplingerstrasse 12

Herausgeber: Universitäts-Professor

Dr. Ladislaus Leopold Ritter v. Jaworski

Preis: 60 H. - 50 Pfg.

Vierteljährlich Postvers. 7 K. - 6 Mk.

POLNISCHE BLÄTTER

Cui bono?

Nicht nur gegen eine Welt von Feinden, sondern auch gegen eine Welt von Verleumdern kämpft heutzutage Deutschland. Entgegen den Erfahrungen der letzten Jahre, entgegen den massgebenden Versicherungen, wird Deutschland von seinen Gegnern mit allen möglichen Verdächtigungen überhäuft, unter denen deutsche Angliederungs- und Herrschsucht schon zum Leitmotiv geworden ist. Dies Motiv weiss der Feind auszunützen — besonders mit Bezug auf Polen. Daher die Deklamation der Entente-Mächte über den Schutz der kleinen Nationen, die in neutralen Ländern gar oft ernst genommen wird; daher der Druck der Entente-Mächte auf Russland, es möge — post factum — die vollständige Unabhängigkeit Polens proklamieren. Dieser Druck muss stark sein, da die konservative russische Presse sich gezwungen sieht, gegen ihn Stellung zu nehmen. Die Berliner „National-Zeitung“ vom 20. Mai meldet: „das Blatt der russischen Rechten wendet sich entrüstet gegen die Stimmungsmache englischer, französischer und italienischer Politiker in der Polenfrage. Das Blatt schreibt, dass das bestehende Bündnis zwischen den vier Mächten keineswegs dazu da ist, um den liberalen Politikern der Westmächte einen Beeinflussungsversuch auf die Gestaltung der inneren Politik Russlands zu erleichtern. Russland lehne alle guten Ratschläge in der Polenfrage von seinen Verbündeten ab, denn es sei selbstständig genug, in seiner inneren Politik seinen eigenen Weg zu gehen und wohl in der Lage zu wissen, was richtig oder unrichtig sei. Das Blatt warnt Italien, Frank-

reich und England, ihre Versuche zu wiederholen, ihre Ansichten in der Polenfrage der russischen Regierung und der Oeffentlichkeit aufdrängen zu wollen, da derartige weitere Versuche sehr wohl in der Lage sein würden, die herzlichen Beziehungen zwischen den in Frage kommenden Ländern zu trüben. Das Blatt wendet sich dann im einzelnen gegen die Blätter Times und Secolo.“ Andererseits aber ist die Angst der russischen Regierung vor der etwaigen Lösung der Polenfrage durch die Zentralmächte in einem die Polen befriedigenden Sinne so gross, dass Stürmer in halboffiziellen Gesprächen mit der Idee eines unabhängigen Polens bereits spielt; diese zu verwirklichen wird er freilich nie imstande sein, was jedoch nicht verfehlt, auf einen Teil der Polen und auf die Entente-Mächte den von dem schlaunen Diplomaten gewünschten Eindruck zu machen und das moralische Prestige der Feinde Deutschlands zu heben. Diesen Augenblick erachtet das Organ des Alldeutschen Verbandes für geeignet, um durch Herrn Rechtsanwalt Class „Grundsätzliches zur polnischen Frage“ zu verkünden.

Der Verfasser knüpft an die unsern Lesern bekannten Ausführungen des Grafen Andrassy (Vgl. Poln. Bl. Nr. 22), um sowohl gegen die sogenannte österreichische Orientierung, wie auch gegen den bekannten Vorschlag Dr. Adolf Grabowsky's aufzutreten. In Bezug auf das Programm des Grafen Andrassy — schreibt Herr Rechtsanwalt Class — „hat auch vom reichsdeutschen Standpunkt aus betrachtet der Gedanke zunächst etwas Bestechendes, die ganze Sorge um die Zukunft des eroberten Gebietes dem österreichischen Verbündeten zu überlassen, wobei besonders noch ins Gewicht fallen würde, dass durch die vom Grafen Andrassy angedeutete Vereinigung Galiziens mit Kongress-Polen die Deutschen Oesterreichs von der bisherigen slavischen Mehrheit im Reichsrath befreit und ihrerseits wieder zum ausschlaggebenden Faktor in der österreichischen Reichshälfte gemacht werden würden. Aber so verführerisch der

Gedanke an sich auch ist, — die Erfahrungen des Krieges haben doch mehr und mehr erkennen lassen, dass eine etwa auf dieser Grundlage versuchte Lösung der polnischen Frage weder dem Deutschen Reiche, noch der habsburgischen Monarchie, noch auch den Deutschen Oesterreichs zum Segen gereichen könnte.

Was hier zunächst das Deutsche Reich anbetrifft, so müsste ein an seiner Ostgrenze errichtetes polnisches Staatswesen, unbekümmert um die staatsrechtliche Stellung, die es im Rahmen der habsburgischen Gesamtmonarchie einnehmen würde, eine dauernde Quelle zum mindesten der Verdriesslichkeiten, vermutlich aber weit ernsterer Sorgen sein. Das Emporwuchern einer polnischen „Irredenta“ wäre in einem solchen Falle ganz unvermeidbar, und selbst wenn man voraussetzen wollte, dass die Wiener Reichsregierung oder das in Warschau auf den Thron erhobene Herrscherhaus (das seinerseits naturgemäss den Boden für seine eigne Entwicklung in der rückhaltlosen Vertretung des grosspolnischen Gedankens suchen müsste) einer solchen „Irredenta“ mit allen Mitteln — und erfolgreich — entgegenarbeiten würden, so bliebe doch dauernd der eben so peinliche wie schädliche und unvermeidbare Umstand bestehen, dass die preussische Polenpolitik künftighin mit einer erheblich weitgehenden und fühlbareren Einwirkung zu rechnen hätte, als sie bisher bereits von Wien aus geübt worden ist. Dass wir aber für die Zukunft an unserer Polenpolitik unbeirrt und sogar in verstärktem Masse festhalten müssen, bedarf keiner Betonung und dürfte gerade durch die Erfahrungen des Krieges in erhöhtem Masse bewiesen worden sein**).

Zum Teil aus den gleichen, zum Teil aus ähnlich gerichteten Gründen scheidet der Verfasser die Einfügung ganz Kongresspolens in das Deutsche Reich aus

*) Unterstrichen vom Verfasser.



dem Rahmen der möglichen Lösungen aus: Deutschland soll sich nicht zum Nationalitätenstaate entwickeln.

Es bleibt noch die Frage eines freien, selbständigen Polen offen — aber diese Lösung ist für den Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes selbstverständlich ausgeschlossen. „Die Entwicklung zum Nationalstaate — meint er — wird man sicher überall dort als eine gegebene und vielleicht als eine begrüßenswerte Tatsache hinnehmen können, wo ein Volk die Kraft besitzt, aus eigenem Vermögen sich mit dem Schwerte sein Daseinsrecht als Nationalstaat zu erkämpfen — das aber ist bei Polen nicht der Fall“. Daraus folgt für Herrn Class allerdings nicht die Notwendigkeit einer neuen Teilung Polens: er gibt sogar zu, dass dies „die denkbar günstigste Lösung nicht bringen würde“.

Also der langen Rede kurzer Sinn?

„Es bleibt sonach — den „Alldeutschen Blättern“ zufolge — nur eines übrig: Die Angliederung von ganz Kongress-Polen an das Deutsche Reich. Um jedes Missverständnis auszuschliessen: nicht die Einverleibung, sondern die Angliederung. Die Formen dafür lassen sich unschwer finden; die Geschichte der alten und der neuen Weltmächte bietet dafür mannigfaltige, und zwar bewährte Beispiele. Vorschläge für die Gestaltung dieser Angliederung zu machen, ist hier nicht der Ort — es sei nur erwähnt, dass man diesem Gebilde die Gestalt eines „Nebenstaates“, in gewissem Sinne eines Schutzstaates geben könnte, der militärisch, verkehrs- und wirtschaftspolitisch fest in deutscher Hand läge, dem aber für sein inneres Leben eine gewisse Selbständigkeit eingeräumt werden könnte, und dem vor allem durch seine staatsrechtliche Stellung jede Einflussnahme auf das politische Leben des Reiches entzogen wäre. Trotz dieser Sicherungsmassnahmen glaube ich, dass wir aus der Natur der Sache heraus gezwungen sein würden, durch eine weitere Massregel den Gefahren zu begegnen, die in einer engen räumlichen Berührung unserer eignen polnisch besiedelten Gebietsteile mit

dem polnischen Neulande zu erwachsen drohen, und es wird zu diesem Zwecke unerlässlich sein, die heutigen preussischen Ostmarken durch einen deutschbesiedelten Sicherungstreifen gegen den polnischen „Neben-“ oder Schutzstaat abzusperren — eine Massnahme, die sich neben diesen allgemein-politischen Gründen auch aus bestimmten militärischen und wirtschaftlichen Rücksichten empfiehlt und die ebenso einem anderen Hauptzwecke des Krieges, der Schaffung bauerlichen Siedlungslandes, in die Hand arbeiten würde“.

Also: Angliederung — eine gewisse Selbständigkeit für das innere Leben — Absperrung gegen die heutigen preussischen Grenzen, Verschärfung der preussischen Polenpolitik usw.

Das wäre das Programm der Alldeutschen.

Wir sind weit davon entfernt, dasselbe einer Analyse zu unterziehen. Auch den Vorwurf, die Polen seien nicht imstande, ihr Nationalrecht zu erkämpfen, lassen wir unbeantwortet. Alle unsere Begriffe von Geschichte, Politik, Recht im allgemeinen und Nationalrecht im besonderen sind denjenigen des alldeutschen Verbandes so entgegengesetzt, dass eine Auseinandersetzung ergebnislos bleiben muss. Wir betrachten auch aus pragmatischen Gründen diese Auseinandersetzung für überflüssig: Wir haben zu viel Achtung vor dem Gewissen und dem politischen Sinn der erdrückenden Mehrheit des deutschen Volkes, um ihm eine Solidarität mit den „Alldeutschen Blättern“ zuzumuten. Wir nehmen also die Ausführungen des Herrn Rechtsanwalt Class durchaus nicht allzu tragisch, und appellieren an unsere polnischen Landsleute, dass sie nicht in den Fehler verfallen mögen, die „Alldeutschen Blätter“ mit dem deutschen Volke — mit dem wir ehrlich ausgesöhnt werden möchten — zu indentifizieren. Wir können uns aber angesichts dieses, nun der Oeffentlichkeit zugeführten Programmes der Frage nicht erwehren: cui prodest? Nur ein Feind Deutschlands, der für sein Verleumdungswerk keinen Stoff findet, wird über das alldeutsche Programm frohlocken. Nur ein Vorkämpfer

des russischen Gedankens in der Slavenwelt wird für den ihm freigebig gelieferten Stoff dankbar sein.

Die Sicherung Deutschlands gegen den Osten — das soll das Ergebnis des gegenwärtigen Kriegs sein. Das begreifen wir gut, das wünschen wir auch aufrichtig, weil dies für Polen und Deutschland eine gemeinsame Notwendigkeit ist. Diese Sicherung wird aber von dem aildeutschen Programm nicht herbeigeführt. Wir befürchten das Gegenteil.

Der Kern der polnischen Frage.

Von Paul Rohrbach.*)

Der Herr Herausgeber dieses Buches hat mich gebeten, das was ich zur polnischen Frage zu sagen habe, an die Aeusserung des Fürsten Drucki-Lubecki anzuknüpfen. Ich tue das sehr gern, und zwar scheint mir, dass zwei Worte meines verehrten Herrn Vorredners sich hierzu ganz besonders eignen. Das eine handelt von der Gegenüberstellung der „europäischen“ und der „asiatischen“ Slawen. Das andere ist das von der historisch-politischen Notwendigkeit, dass Preussen den Zusammenhang seiner früher getrennten Teile im 18. Jahrhundert durch Eroberung, d. h. in diesem Falle durch Annexion polnischen Gebiets, gewinnen musste.

Indem ich den letzteren Gedanken vorwegnehme, glaube ich den Fürsten recht zu verstehen, wenn ich den von ihm vertretenen Standpunkt so definiere: 1) Der wiederherzustellende polnische Nationalstaat muss bereit sein, den jetzigen preussisch-deutschen Besitz an polnischen Landesteilen so anzusehen, wie heute z. B. auch Oesterreich und Sachsen ihre früheren Verluste an Preussen ansehen, d. h. als historisch verjährt. 2) Polen hat seinen natürlichen Anschluss nicht bei Osteuropa zu suchen, dessen politischer Charakter sehr richtig als „asia-

*) Einem soeben bei S. Hirzel in Leipzig erschienenen Buche „Vom inneren Frieden des Deutschen Volkes“ von Friedrich Thimme entnommen.

tisch“ gekennzeichnet wird, sondern bei Mitteleuropa. Klarheit über die letztere Frage ist durchaus notwendig, wenn man in bezug auf die erstere deutlich sehen will.

Ohne Zweifel ist Polen ein Mittelglied zwischen dem Zentrum und dem Osten unseres Erdteils. Ganz abgesehen von der Frage der Rassenverwandtschaft oder -feindschaft wäre es an sich imstande, seinen Anschluss sowohl nach der einen als auch nach der andern Seite hin zu nehmen. Ein Beweis dafür ist die Bismarcksche Polenpolitik. Sie kann nicht verstanden werden, ohne dass man den Wunsch nach einem guten Einvernehmen mit Russland als bestimmenden Erklärungsfaktor mit heranzieht. Russland unterdrückte seine Polen. Gab Deutschland den seinigen einen wesentlich freieren Spielraum, so musste Russland befürchten, dass in Kongresspolen der Wunsch nach deutschem Regiment entstand. Die Folge wäre notwendig Spannung zwischen Deutschland und Russland gewesen. Nur das grundsätzliche Mitgehen der preussischen Polenpolitik mit der russischen befreite Russland von der Sorge, dass die russischen Polen aus ihrer östlichen Vereinigung hinaus nach einer westlichen strebten.

Die geographische Lage und die beschränkte Volkszahl machen es für Polen, alle übrigen Verhältnisse selbst noch so günstig gedacht, unmöglich, eine allein auf sich selbst gestellte Position zwischen der mitteleuropäischen Mächtevereinigung und dem Russentum zu behaupten. In einer oder der andern Form muss die politische und wirtschaftliche Anlehnung, sei es hierhin, sei es dorthin, erfolgen. In einer solchen Lage versteht es sich von selbst, dass die Polen dorthin streben werden, wo sie für die Betätigung ihrer nationalen Wünsche und Lebensinteressen das günstigere Feld sehen. Nehmen wir den Fall an, Russland sei noch im Besitz von Polen und entschlösse sich dazu, den Polen etwas Ähnliches zu bieten, wie die Verfassung von 1815, und gleichzeitig Erweiterung der polnischen Grenzen nach Norden und Südosten über die Bestimmungen des

Wiener Kongresses hinaus! Ob Russland, die äussere Möglichkeit vorausgesetzt, aus inneren Gründen imstande wäre, ein solches Versprechen nicht nur zu geben, sondern auch zu halten, ist eine Frage für sich. Zunächst aber würde eine russisch-polnische Verständigung dieser Art sicher geeignet sein, die Polen an Russland zu binden, und das um so mehr, je ungünstiger die Lage der Polen anderswo, ausserhalb Russlands, etwa sein sollte. Man kann dasselbe auch für den Fall sagen, dass Polen im Friedensschluss von Russland getrennt wird, aber keine Existenzbedingungen erhält, bei denen die Polen sich annähernd befriedigt fühlen können. Alsdann wird das Feld, auf dem Russland den Polen Anerbietungen machen kann, um ihre Wünsche zu sich herüber zu lenken, sehr breit sein. Ein Polen, das zwar mit Waffengewalt von Russland getrennt und zu Mitteleuropa geschlagen ist, das sich aber in der mitteleuropäischen Zwangsgemeinschaft unglücklich fühlt, kann garnicht anders als der natürliche Verbündete der russischen Revanche sein, indem es sein Ohr den russischen Lockungen öffnet: Kehrt zurück zu mir, ich will euch eine Stätte bereiten, weit und bequem genug, dass Ihr Euch darauf wohl fühlt! Wahrscheinlich würde es auch dann noch einige kluge Leute geben, die den problematischen Wert solcher russischen Versprechungen für die Zukunft richtig einschätzen, aber niemand, der die praktische Politik kennt, wird annehmen, dass sie durchdringen könnten. Wer in einer schlechthin unbefriedigenden Lage ist, der ist immer geneigt, jede Möglichkeit des Wechsels als sichere Erleichterung zu betrachten. Es wäre also unausbleiblich, dass unter solchen Voraussetzungen die polnische Frage ihren Charakter als Gefahr für die europäische Ruhe nicht nur behält, sondern verschärft.

Auch der grössten politischen Intelligenz wäre es nicht möglich, heute schon die zukünftige Stellung Polens zwischen Russland, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, so wie sie beim Friedensschluss geregelt sein wird, im einzelnen vorauszusehen. Wenn die bisher vorgetragenen

Argumente aber richtig waren, so können wir eins trotzdem bestimmt genug sagen: Polen und die Polen müssen in eine Lage versetzt werden, in der das polnische Gefühl und die polnische Einsicht die hergestellte Verbindung mit Mitteleuropa dem Wiedezurückfallen in die russische Gemeinschaft vorziehen. Ich kann mich hier aus begreiflichen Gründen auf keine Details einlassen, möchte aber doch erzählen, was mir einmal während dieses Feldzuges in Polen ein polnischer Geistlicher, ein Mann von aussergewöhnlicher Ruhe und Schärfe des Urteils, sagte: „Wir könnten vertragen, dass wir bei Russland bleiben, wir könnten uns damit abfinden, dass wir ganz an Deutschland kommen, wir würden nicht ungern uns an Oesterreich anschliessen, wir träumen in stillen Stunden vom eigenen polnischen Königreich — käme es aber zu einer vierten Teilung Polens, dann bliebe Polen eine offene Wunde am europäischen Leibe, von der immer neues Fieber und neue Krisen für uns und für Euch ausgehen werden“. Dies Wort aus polnischem Munde enthält, soweit ich zu urteilen vermag, eine durchaus beherzigenswerte Warnung davor, die polnische Frage einseitig unter irgendwelchen, von der europäischen Gesamtpolitik losgelösten Gesichtspunkten zu behandeln. Unvermeidliches mag darum unvermeidlich bleiben; nur muss man sich klar machen, wo die Belastungsgrenze liegt, die nicht mehr ohne Schaden zu überschreiten ist.

Wer der Erörterung bis hierher gefolgt ist, wird ohne weiteres selbst den Zusammenhang sehen, der zu unseren inneren polnischen Dingen, der preussisch-deutschen Polenpolitik, hinüberleitet. Wenn wir die beiden polnischen Voraussetzungen annehmen, dass Polen bereit ist, sich ehrlich zur Verjährung der polnisch-nationalen Ansprüche auf Westpreussen und Posen zu bekennen, und dass es bei sonst einigermaßen befriedigenden Lebensbedingungen die europäische Genossenschaft der asiatischen vorzieht — dann ist es natürlich ausgeschlossen, dass wir gegen die Polen, die innerhalb der Grenzen des deutschen Reiches verbleiben, schroffe

Politik machen. Der eine Grund zu der bisherigen Praxis ist ja ohne weiteres fortgefallen: die Rücksicht auf das Verhältnis zu Russland. Der andere Grund wird sich allerdings nicht von selber beseitigen, sondern es bedarf dazu eines bewussten Aktes der politischen Einsicht, Gerechtigkeit und Billigkeit. Unsere bisherige innerdeutsche Polenpolitik muss sich von zwei grundlegenden Fehlern frei machen. Der erste Irrtum ist, dass die Polen etwas Unrechtes damit begehen sollen, wenn sie auch im Deutschen Reiche Polen zu bleiben wünschen. Wir dürfen keinen anderen Massstab der nationalen Sittlichkeit und Ehre an die Polen und an andere nicht-deutsche Völker legen, als wir in einer ähnlichen Lage an uns selber gelegt wünschten. Gerade weil in der Gegenwart das deutsche Nationalgefühl Fortschritte gemacht und der deutsche Gedanke einen hohen Flug genommen hat, ist es unmöglich, die Treue gegen das Volksbewusstsein mit Entrüstung bei anderen zu behandeln. Sie mag uns unter Umständen politisch unbequem sein, aber sie ist sicher nichts sittlich Tadelnswertes, zumal wenn dabei die Pflicht gegen unser Staatswesen, zu dem die deutschen Polen nun einmal gehören, erfüllt wird.

Schärfe und Druck einem lebendigen nationalen Gedanken gegenüber sind auch taktisch nicht das richtige Mittel. Es gibt ein berühmtes Beispiel für den Erfolg der gegenteiligen Praxis. In Bloemfontein, der Hauptstadt des einstigen Orangefreistaates in Britisch-Südafrika, steht ein Denkmal der 23.000 in den englischen Konzentrationslagern während des Burenkrieges im Elend verschmachteten Frauen und Kinder: ein hoher Obelisk mit einer Bronzegruppe davor, zwei Frauen und ein sterbender Knabe aus den Lagern. Die Aufschrift auf dem Denkmal lautet holländisch: „Unseren Heldinnen und lieben Kindern!“ Das Monument wurde wenige Jahre nach dem Kriege von den unterworfenen Freistaatburen unter den Augen der englischen Verwaltung errichtet; Sammlungen fanden in ganz Südafrika statt.

Niemanden von der englischen Seite fiel es ein, das Vorhaben zu hindern. England war seiner Sache sicher und vertraute darauf, dass die Buren, nachdem ihr Widerstand mit Gewalt, Härte und Grausamkeit gebrochen war, sich schon in die neue Lage finden und ihre Vorteile erkennen würden — Vorteile, die natürlich ganz auf dem materiellen Gebiet lagen. Man wusste, dass es kein wirksameres Mittel gegeben hätte, um den Widerstand der Afrikaner gegen die Aenderung ihrer politischen Lage scharf und leidenschaftlich zu erhalten, als wenn man ihnen die Freiheit, Schmerz und Trauer um das verlorene Gut zu äussern, mit Gewalt unterdrückte. Daher liess man sie auch das Denkmal bauen — für die Praxis bei uns in ähnlichen Fällen ein bisher völlig undenkbarer Vorgang! Diese Klugheit aber hat ihre Früchte für England getragen, denn dieselben Buren, deren Frauen und Kinder in den Konzentrationslagern misshandelt worden waren, ja nicht wenige von denen, die als Knaben selbst in den Lagern gefangen gewesen waren, haben für das englische Imperium gestritten.

Mit Recht weist der Fürst Drucki-Lubecki darauf hin, dass die reichsangehörigen polnischen Soldaten ganz und gar ihre Pflicht getan und, so können wir hinzufügen, in nicht wenigen Fällen ausgezeichnete Tapferkeit bewährt haben. Die Schärfe unserer früheren Polenpolitik ist immer wieder mit der „polnischen Gefahr“ begründet worden. Ruhige Beurteiler haben diese Gefahr, wenigstens in dem Sinne, wie sie von denen dargestellt wurde, die sie hegten, stets für ein Phantasiestück erklärt. Dass es sich in der Tat um eine gegenstandslose Sorge gehandelt hat, dafür sind uns die Erfahrungen dieses Krieges Beweis genug. Ich glaube für das Empfinden der meisten unter uns wird es unmöglich sein, wenn der Friede geschlossen ist und alle unsere Krieger, Deutsche und Polen, in der Ostmark zu ihren Häusern heimgekehrt sind, wieder in die alte Tonart des Haktismus zurück zu verfallen. Welcher Mensch würde jetzt noch ein Wort von der polnischen Gefahr glauben!

Allerdings, einen Weg gibt es, auf dem eine wirkliche polnische Gefahr heraufbeschworen werden kann. Diesen Weg kann man kurz als den der vierten Teilung Polens bezeichnen, so wie der geistliche Herr das tat, dessen Urteil ich weiter oben erwähnte. Wir rechnen Grenzberichtigungen, die aus irgendeinem Grunde erforderlich sein könnten, nicht mit unter diesen Begriff. Die Rückwirkung eines darüber hinausgreifenden starken Zuwachses an zwangsweise von dem polnischen Hauptkörper losgetrennter Bevölkerung wäre aber auch auf unsere deutschen Polen so gut wie unvermeidlich! Wir können heute nach allen vernünftigen und billigen Erwägungen darauf rechnen, dass sowohl die Polen jenseits als auch die Polen diesseits der jetzigen deutschen Reichsgrenze sich mit der Notwendigkeit abgefunden haben, dass Posen und Westpreussen deutsches Gebiet sind und bleiben, und dass unsere Grenzlinien gegen Russland im Sinne militärischer Sicherung besser gezogen werden müssen. Den Polen wird damit, wenn auch nicht dasselbe, so doch etwas Vergleichbares zugemutet, wie dem so viel grösseren deutschen Volk. Auch wir müssen uns damit abfinden, dass die Gründung des Deutschen Reiches mit dem Verzicht auf ein Sechstel deutscher Volksgenossen erkaufte werden musste: denen die heute in Oesterreich leben. Dieser Verzicht ist auch für uns bleibend. Man kann den Vergleich zwischen Deutschland und Polen auch noch weiter führen und sagen: Wenn die Polen ihre alten Grenzen aus dem 17. und 18. Jahrhundert als ihr eigentliches Ideal betrachten, dann könnten wir ja auch an die Grenzen des Deutschen Reichs zur Hohenstaufenzeit oder noch zur Zeit Karls V. denken. Eins wie das andere sind Träume. Träume sind unschädlich, aber wer sie in Wirklichkeit übersetzen will, erweist sich nur als ein politisch unbrauchbarer und leicht auch als gefährlicher Phantast.

Etwas anderes aber wäre es, wie gesagt, mit der erneuten Zerschneidung des zusammenhängenden und lebenden polnischen Volkskörpers, dessen Existenz eine

der zukünftigen Hauptgrundlagen unserer Sicherheit gegen die russische Gefahr mit ihrer heutigen Menschenziffer von 170 Millionen und mit ihrem Jahreszuwachs von 3 Millionen bilden muss. Sie müsste der russischen Gefahr für ganz Mitteleuropa bald eine neue und gefährliche Schärfe geben, und sie würde uns im Innern unvermeidlich das Wiederaufleben des Haktismus in der Form eines unversöhnlichen Streites der Nationen und einer Gewaltpolitik schroffster Art von Seiten des starken Teils bringen. Damit ginge dann ein wertvolles Stück moralischer Errungenschaft aus diesem Kriege verloren.

Deutschland und die Koalition.

Herr Wincenty Rzymowski, Redakteur des Warschauer Wochenblattes „Widnokrag“ (Der Horizont), über dessen antirussische Propaganda noch während der Russenherrschaft die Poln. Bl. (B. I. S. 37) berichtet haben, ist nach Warschau aus einem mehrmonatigen Aufenthalte in einem deutschen Gefangenenlager zurückgekehrt. Am 5. d. M. sprach er im grossen Techniker-Saal vor einem zahlreichen Publikum über seine Beobachtungen, um schliesslich zu aktuellen politischen Betrachtungen überzugehen. Hier sein Gedankengang:

Ein Rundblick durch ein Gefängnislager bezeugt die Grösse des Kampfes, den Deutschland zu bestehen hat, eines Kampfes gegen die ganze Welt. Man sieht da alle religiösen Bekenntnisse und Nationen, alle Rassen und Hautfarben, alle geographischen Breitengrade der Erde vertreten. Bei der nun folgenden Schilderung der Haupttypen des Lagers würde mit dem Engländer begonnen, den der Redner als den Repräsentanten des an das Beherrschen niederer Rassen gewohnten Egoismus vorführte, eines Egoismus, für den auch der Krieg nur ein Geschäft ist. Dieses Geschäft erfordert zwar Opfer, die der Engländer indes auf ein Minimum zu reduzieren sucht. Während seine Verbündeten sich die Adern

geöffnet haben, hat England bisher nur den Geldbeutel geöffnet. In dieser Auffassung des Krieges als Geschäft bedeutet für die Engländer die Kriegsgefangenschaft nicht die seelische Katastrophe wie für andere. Es tritt eben der betreffende Paragraph des Vertrages mit seinem Vaterlande in Kraft. Das Vaterland versorgte ihn gut mit Geld, Proviant und Kleidungsstücken nach der neuesten Mode. Manche haben von diesen Dingen so reichlich, dass sie davon an ihre Mitgefangenen verkaufen — gegen feste Preise natürlich. Egoist ist auch der Franzose, aber ein Egoist anderer Art als der Engländer. Sind des Engländers Ziele Macht und Herrschaft, so erschöpfen sich des Franzosen Ideale in Bequemlichkeit. Dementsprechend wird er auch von der Heimat aus anders bedacht. Er kümmert sich um nichts als um seine Bequemlichkeit. Monatelang kann er Strohhalme und Federn sammeln, um sein Lager etwas weicher zu gestalten, monatelang kann er Vorräte aufspeichern, um an hohen Feiertagen seinen höchsten Göttern, dem Gaumen und dem Magen, entsprechend zu opfern. Für Polen hat der Franzose nur soviel Interesse, als das Verhältnis Frankreichs zu Russland zulässt. Polen darf die Harmonie der Koalition nicht stören, es hat im französischen Denken keinen Platz mehr. Gegenüber den Engländern und Franzosen, die unter den Gefangenen die Bourgeoisie darstellen, erscheint der Russe als der arme Teufel, der in jenen seine Herren sieht, die er auch um das gute Essen, das sie von Hause erhalten, beneidet, der vor allem, wenn er in Gefangenschaft gerät, fragt, ob es auch viel Suppe gibt. Die Gefangenenlager sind deshalb ein so interessantes Beobachtungsfeld, weil sie einen Einblick in die Elemente gestatten, aus denen sich die Koalition zusammensetzt, einen Einblick auch in die Schwächen dieser Organisation und in die Ursachen der über sie hereingebrochenen Katastrophe. Man muss nur die verschiedenfarbigen Bewohner warmer Länder, die England für seine Zwecke einspannt, sehen, um zu verstehen, ein wie schwaches

Band sie mit England verbindet: Den ewig auf England fluchenden Hindu vom Ganges, den nur mit Hass von England redenden Mauren aus Marokko. Wie England hat auch Russland eine ganze Reihe fremder Völker zu den Waffen gerufen, aber sie folgten dem Rufe nur in Angst und Schrecken und fühlten sich erst in deutscher Gefangenschaft sicher vor der — russischen Artillerie. Zwischen diesen Völkern und Russland hat gerade dieser Krieg einen breiten Abgrund aufgetan. Russland, bisher nur von der Bürokratie mit eisernem Ring zusammengehalten, ist reif zum Zerfall. Der Vortragende schildert alsdann das verschiedene Verhalten der beiden gegnerischen Lager gegenüber dem Kriege. Bei der Koalition spekulierte jeder auf den andern, jeder suchte dem andern die schwierigsten Aufgaben zu überlassen, und im übrigen rechnete man mit der Zeit als der grossen Verbündeten und Helferin. Deutschland dagegen hat den Krieg mit grösster Energie und allgemeiner Opferwilligkeit geführt und alles auf das genaueste organisiert. Es wäre auch dann geeinigt und gestärkt aus dem Kriege hervorgegangen, wenn es nicht so entscheidende Siege davongetragen hätte.

Mickiewicz rief einst dem Zaren zu: „Gewaltiger, stark wie ein Gott und boshaft wie der Teufel!“ Von Mickiewicz und Mochnacki bis Wyspiański drückte sich das Leid der Nation in dem Begehren eines Krieges, „eines allgemeinen Krieges der Nationen“ aus, in dem Polen wieder auferstehen werde. Die Deutschen stiessen die Ereignisse eines ganzen Jahrhunderts um und lösten das Netz, das uns einfangen sollte. Das dürfen wir im Namen der gewaltigen Bedeutung der grossen Dinge, vor denen alles weichen muss, was an das Mass und Gewicht wenigstens eines Jahrhunderts nicht heranreicht, nicht vergessen. Das Zusammenfallen der polnischen Aspirationen — führte Herr Rzymowski ferner aus — Aspirationen, getragen von den Polnischen Legionen, mit denjenigen des Zweibundes ist nicht zufällig. Dieser Treffpunkt wird der zentrale Knoten der Geschichte

sein. Die Deutschen haben zu viel von ihrem Blut vergossen, als dass sie es in dem gegenwärtigen wie künftigen Kriege vergeuden könnten. Das polnische Volk ist berechtigt, darauf seine Gewissheit von dem Werte desjenigen Bündnisses zu stützen, in dem es mit den Waffen in der Hand, gerichtet gegen den gemeinsamen Feind, im Namen der gemeinsamen Interessen und gemeinsamen westeuropäischen Kulturquellen sich stellen wird. Eine Kraftprobe dessen, zu welcher Höhe der Pole im Kampfe gegen Moskau emporwächst, lieferten die Legionen.

Seinen Vortrag schloss Herr Rzymowski mit folgenden Worten: „All das, was in beiden Nationen den Sieg atmet, was kämpft und aufbaut, muss sich früher oder später im Zeichen der Verfassung vom 3. Mai, unter der Aegide des polnischen Staates im Kriege gegen den Osten, in Waffenanlehnung an den Westen, zusammenfinden. Die geschichtliche Wahrheit, unterdrückt im Laufe von anderthalb Jahrhunderten, zerreisst endlich den Schleier der Heuchelei, des Kleinmuts und Truges und schreit in der Blutflut auf den Schlacht- und Leichenfeldern des Ostens und Westens, im Dunste des Grauens und Schreckens, nach Grösse des Gedankens und Majestät der Tat.

Zur Polendebatte im ungarischen Abgeordnetenhaus.

Der Obmann des Wiener Polenklubs, Exzellenz Dr. v. Biliński hat am 17. Juni an den ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza nachstehende Depesche gerichtet:

„Die durch den Mund Eurer Exzellenz zum ersten Male öffentlich abgegebenen amtlichen Erklärungen in der Polenfrage sind geeignet, bei dem polnischen Volke Gefühle der Beruhigung und Zufriedenheit auszulösen. Das seit anderthalb Jahrhunderten um seine staatliche und nationale Freiheit kämpfende polnische Volk wird

sich nach dem glückverheissenden Siege der Zentralmächte nicht bloss seiner eigenen Ansprüche, sondern auch seiner unentwegten Treue für die glorreiche Dynastie und seiner grossen politischen Pflichten gegenüber der Monarchie nach Innen und Aussen, wie nicht minder der Aufgabe gewissenhafter Mitarbeiterschaft mit den Völkern der Monarchie, insbesondere aber mit der historisch befreundeten edlen ungarischen Nation stets bewusst bleiben. Als Obmann des reichsrätlichen Polenklubs und des Obersten polnischen Nationalkomitees bitte ich Eure Exzellenz, für hochihre Person und die anderen massgebenden Faktoren der Monarchie den tiefstgefühlten Dank zu empfangen.“

Obiges Telegramm beantwortete Graf Tisza mit der nachstehenden Depesche:

„Für das Telegramm Eurer Exzellenz wärmstens dankend, will ich Euer Exzellenz versichern, dass die ungarische Regierung vereint mit den anderen kompetenten Faktoren freudig an dem polnischen Probleme arbeitet. Ich hoffe mit Zuversicht, dass es den erprobten Führern des polnischen Volkes gelingen wird, die Wünsche desselben mit den gegebenen politischen Möglichkeiten in Einklang zu bringen und dass wir mit vereinter Kraft ein dauerndes Werk zum gemeinsamen Wohle schaffen werden.“

Das ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau veröffentlicht folgende Richtigstellung:

In der Rede, die Ministerpräsident Graf Tisza im Abgeordnetenhaus anlässlich der Indemnitätsdebatte am 15. d. M. gehalten hat, ist ein Passus irrtümlich nicht richtig wiedergegeben worden. Ministerpräsident Graf Tisza hat nämlich bezüglich der polnischen Frage folgendes gesagt: „Ich kann dem geehrten Hause nur versichern, dass jeder kompetente Faktor der Monarchie bestrebt sein wird, dass die polnische Frage in einer nach Tunlichkeit weitgehenden Berücksichtigung der Wünsche der polnischen Nation und ihrer Existenzinteressen geregelt werde.“

Das Ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau hat den richtig gestellten Passus der Rede vom 15. d. M. in folgender Fassung übermittelt: Ich kann daher, geehrtes Haus, nur versichern, dass die polnische Frage in weitgehender Berücksichtigung der Wünsche der polnischen Nation und ihrer Existenzinteressen geregelt werde“ — und diesen Text hatten wir auch (Poln. Bl. Nr. 27 S. 286) veröffentlicht.

Aus dem österreichischen Okkupationsgebiete.

Lublin, den 18. Juni 1916.

In der letzten Zeit wurden in unserem Landesteile mehrere Reformen eingeführt, die von durchschlagender Bedeutung für die normale Gestaltung unserer Verhältnisse sind.

I. 1. In Verfolgung des Grundsatzes, die Bevölkerung des Okkupationsgebietes zur Mitwirkung an der Verwaltung, insbesondere auch auf dem wichtigen Gebiete des Schulwesens heranzuziehen, hat das Armeeoberkommando gemäss den Anträgen des Militärgouvernements Lublin die Schaffung eines Gouvernementschulrates für das okkupierte Gebiet genehmigt. Das Projekt des Schulratsstatutes lautet: Der Schulrat besteht aus a) einem Vorsitzenden, der das Amt eines Landes-zivilkommissärs bekleidet, b) einem Referenten in schulpädagogischen, administrativen und wirtschaftlichen Sachen, c) einem Vertreter der katholischen Religion, e) je einem Vertreter der mosaischen und evangelischen Konfession, f) zwölf Vertretern der Gesellschaft mit Berücksichtigung vierer Vertreter aus Lublin, Radom, Kielce und Piotrków, g) sechs Fachmännern auf verschiedenen Gebieten des Schulwesens. Die in f) und g) erwähnten Personen ernennt der Generalgouverneur auf Grund einer Liste mit 27 Namen, vorgelegt vom Zentralhilfskomitee im Laufe eines Monats nach der ergangenen Aufforderung.

2. Der Zentralschulrat erwägt und erstattet seine Meinung über die beabsichtigten allgemeinen Verordnungen des k. u. k. Generalgouvernements in Angelegenheiten, die mit der Verwaltung der Schulen und der Erziehungsanstalten zusammenhängen, erteilt ferner aus eigener Initiative Beschlüsse und Vorschläge den k. u. k. Militärbehörden in allen Angelegenheiten, die sich auf a) Genehmigung der Anfangs-, Mittel- und Fachschulprogramme, b) Empfehlung von Schulhandbüchern und wissenschaftlicher Hilfsmitteln, c) Qualifizierung und Vorschläge zur Ernennung von Lehrern, Leitern sämtlicher Schulen, Kurse usw., d) Kontrollierung und Regelung des inneren Lebens der Schulen und der erzieherischen Bildungsanstalten, e) Eröffnung und Genehmigungserteilung zur Eröffnung von Schulen und sonstiger Bildungsanstalten beziehen. Das k. u. k. Generalgouvernement wird Verordnungen in obigen Angelegenheiten nach Einziehung der Meinung des Schulrates erlassen.

3. Dem Schulrate steht das Recht zu, gegen sämtliche Beschlüsse des k. u. k. Generalgouvernements und des Kreiskommandos, die entgegen dem Willen des Zentralschulrates herausgegeben werden, ihr votum separatum an das Oberste Armeekommando zu richten. Im Falle, wenn das Generalgouvernement entgegen dem Willen der Mehrzahl der Mitglieder des Zentralschulrates entsprechende Verfügung erlassen zu beabsichtigt, so ist dasselbe verpflichtet, diese Verfügung dem Armeeeoberkommando zur Entscheidung vorzulegen.

4. Der Zentralschulrat legt die Liste der Mitglieder vor sowie die Projekte zur Organisierung der Bezirkschulräte und des Umfanges ihrer Tätigkeit.

5. Der Zentralschulrat erwählt aus seiner Mitte drei Mitglieder, die samt zwei Vertretern in Schulsachen einen ständigen Exekutivausschuss bilden.

6. Der Zentralschulrat muss mindestens einmal vierteljährlich zusammentreten.

7. Alle Mitglieder des Zentralschulrates haben das

gleiche Stimmrecht; die Beschlussgültigkeit entscheidet die absolute Mehrzahl der Stimmen. Im Falle der gleichen Zahl der pro und contra Stimmen entscheidet der Vorsitzende.

II. Durch eine andere Verordnung vom 9. Juni genehmigte das Oberarmeekommando die Wiedereröffnung des von den russischen Behörden unterdrückten polnischen Schulvereines. Die Militärverwaltung des Okkupationsgebietes wurde angewiesen, sämtliche Filialen und Organisationen des Schulvereines kräftigst zu unterstützen; die Militär- und Zivilorgane der Verwaltung sollen als unterstützende Mitglieder eintreten.

III. Ferner hat das Oberste Armeeoberkommando am 7. d. M. folgenden Befehl erlassen:

„Zur Festigung des Vertrauens zwischen der k. u. k. Militärverwaltung und den Einwohnern unseres Okkupationsgebietes wäre es wünschenswert, der polnischen Bevölkerung sowohl auf dem Lande wie in den grösseren Städten eine Vertretung zu gewähren, die ihre Wünsche und Anliegen in verlässlicher Weise, unbeeinflusst von Sonderinteressen, bei der k. u. k. Militärverwaltung vorbringt. Zu diesem Zwecke sind die bestehenden Landgemeindenvertretungen heranzuziehen. Soweit deren Mandat erloschen sein sollte und sie nicht mehr in unmittelbarer Fühlung mit den Interessen der Gemeindeglieder stehen, sind Neuwahlen nach den bestehenden Gesetzen des Landes durchzuführen. Bei der Lokalverwaltung auf dem Lande ist sodann die Gemeindegewirtschaft den Gemeindevertretern unter entsprechender Kontrolle zu überlassen. Bei den Verfügungen des Kreiskommandos ist die Mitwirkung der Gemeinden, soweit deren Kräfte reichen, in Anspruch zu nehmen. Von noch grösserer Bedeutung erscheint die Gestaltung und der Wirkungskreis der Gemeindevertretung in grossen Städten. Das Militär-Generalgouvernement hat daher demnächst Anträge zu stellen, in welcher Weise die Stadtgemeindegliederungen zu bilden und welche Aufgaben und Rechte ihnen zuzuweisen wären. Zur

Beratung der Kreiskommanden bezüglich der wirtschaftlichen Tragweite ihrer Massnahmen und Verfügungen sind aus den gewählten Gemeindevertretern Vertrauensmänner in einer Zahl heranzuziehen, die der Einwohnerzahl der Gemeinde, eventuell auch ihrer Steuerkraft entspricht. Diese beratende Körperschaft, der die offizielle Bezeichnung Kriegsrat beigelegt werden könnte, wird in bestimmten Zeitabschnitten, etwa monatlich, an den Sitz des Kreiskommandos einzuberufen sein. Massnahmen, die eine weitgehende Rückwirkung auf die wirtschaftlichen Interessen des Volkes ausüben, sind dem Kreisrat zunächst zur Begutachtung vorzulegen. Seine Vorschläge und Anregungen sind in allen Fällen in ernste Erwägung zu ziehen“.

IV. Wohl die wichtigste Massregel in politischer Beziehung ist die Aufhebung des russischerseits geschaffenen Gouvernements Chełm und die Ausdehnung des Militärgouvernements Lublin auf die Kreise: Chełm, Hrubieszów und Tomaszów. „Das Gouvernement Chełm wird als Teil des Königreichs Polen angesehen“ — lesen wir in der amtlichen Bekanntmachung; mit Recht wird dort hinzugefügt: „Durch diese Verfügung hat ein Herzenswunsch des polnischen Volkes, das die durch Russland erfolgte Abtrennung des Chełmer Gouvernements als einen Faustschlag empfand, seine Erfüllung gefunden“*). Wenn man all das Leid kennt, welches die unglückliche Bevölkerung dieses Landstriches von den „Aposteln“ der russischen Orthodoxie erlitten hat; wenn man bedenkt, wie schmerzlich unser Volk eine Teilung des Vaterlandes — und eine Neuteilung war doch diese Ausschaltung — empfunden, wird man die Tragweite der letzten Reform nach Gebühr würdigen.

V. Noch ein Fortschritt wäre zu verzeichnen: die Schule für Bodenkultur in Puławy (Nowo-Aleksandrja),

*) Die Teile des früheren Gouvernements Chełm, die zum deutschen Okkupationsgebiete gehören, wurden seitens der deutschen Behörden auch dem Königreich Polen einverleibt; somit hat auch Deutschland die Ausschaltung des Chełmer Landes aus Polen nicht anerkannt.

die zur Zeit des Polenreiches errichtet, nach 1863 wegen Teilnahme der Hörer an dem Aufstande in der Folge total russifiziert wurde, soll demnächst als eine polnische Anstalt eröffnet werden; nur ist es noch nicht bestimmt, ob als Hochschule, oder einstweilen nur als wissenschaftliches Experimentalinstitut für Landwirtschaft. Die Bedeutung dieser Anstalt, mit deren Neuorganisation der Krakauer Universitätsprofessor Surzycki betraut wurde, für unser Leben, braucht nicht erst hervorgehoben zu werden.

VI. Vom nationalen und kirchlichen Standpunkte ist schliesslich besonders wichtig die Zurückgabe an die katholische Bevölkerung mehrerer Kirchen, hauptsächlich im Chełmer Lande, die während der „Bekehrungen“ von den Russen in orthodoxe Bethäuser umgewandelt wurden. Die mit allen Mitteln der kosakischen Gewalt und byzantinischer Hinterlist „bekehrten“ Uniten, kehren nun massenweise zum Glauben ihrer Väter und zum Polentum zurück — und jedermann, der bei der Neueinsegnung der Kirchen die Freudenstränen und die religiöse Inbrunst der Leute mitangesehen hat, wird diesen Anblick lebenslang nicht mehr vergessen.

Selbstverständlich lassen auch die intelligenten Volksschichten nicht an Eifer fehlen, um an der Neugestaltung der Dinge sich zu beteiligen. Vor allem wird auf dem Gebiete des Schulwesens fleissig gearbeitet. Um dem Lehrpersonal unserer Volksschulen die modernen Lehrmethoden beizubringen, wurden am 6. d. M. vierwöchentliche Lehkurse in folgenden Ortschaften gegründet: 1) Busk, 2) Jędrzejów, 3) Lubartów, 4) Miechów, 5) Włoszczowa, 6) Olkusz, 7) Noworadomsk, 8) Opoczno, 9) Puławy, 10) Pińczów, 11) Sandomierz, 12) Zamość. Die Lehrzeit dauert vom 24. Juli bis zum 19. August und umfasst folgende Fächer: 1) Pädagogik, 2) Didaktik und spezielle Methodenlehre, 3) polnische Sprache und Literatur, 4) Geographie und Geschichte Polens mit Berücksichtigung der Nachbarstaaten. Ausserdem sind praktische Uebungen in den Volksschulen vor-

ausgesehen. Entsprechend den lokalen Verhältnissen werden auch Vorlesungen aus dem Bereiche der Schulhygiene, des Gesellschaftswesens, ferner geographische und historische Ausflüge usw. veranstaltet.

Derselben Idee dient eine Zeitschrift „Szkola polska“ (Die polnische Schule), die seit dem 25. Mai in Lublin erscheint. Von hervorragenden Theoretikern und Praktikern geleitet, wird dieselbe — nach den 2 bisher erschienenen Nummern zu urteilen — ihre Aufgabe in vorzüglicher Weise erfüllen.

Am erfreulichsten sind aber die Beweise von Selbsthilfe und Initiative, die von allen Schichten der Bevölkerung zur Hebung unseres Lebens geliefert werden. Schon bereits jetzt ist unser Land mit einem Netz von Anfangsschulen überspannt, die das Licht des Wissens unter die Stadt- und Dorfjugend tragen. In den Städten stellen die Mittel- und Fachschulen, wissenschaftliche Kurse, Vorträge, Vorlesungen, die Tätigkeit der Volksuniversität und andere Bildungsanstalten ein Bild eifriger Aufklärungsarbeit dar. Die Presse und die Volksliteratur nimmt hierin eine bedeutende Stellung ein. Jeden Tag entstehen neue Bibliotheken und Lesehallen.

Ausserordentliches leistet die in sämtlichen Städten befindliche Frauenliga.

Die Frauenliga im Königreich Polen trägt wesentlich zur Hebung der nationalen, kulturellen, wirtschaftlichen und sanitären Entwicklung der Gesellschaft bei. Die Frauen, die in den verschiedenen Sektionen tätig sind, gehören zu dem ehemaligen „unterirdischen Polen“. Der Umschwung in den politischen Verhältnissen gab ihnen Anlass zur Entfaltung einer fieberhaften Tätigkeit. Hier ein Bild aus Lublin: Die Geschäftsräume der Liga befinden sich in dem grossen Gebäude eines hiesigen Klosters. Ueber dem Eingangsportal ist ein mächtiger weisser Adler mit gebreiteteten Flügeln angebracht . . . Die Lokalitäten der Liga umfassen eine ganze Reihe grosser Säle im mittelalterlichen Schmuck, die dem Besucher Ehrfurcht einflössen. An der Spitze der Lubliner Liga steht der Vorstand,

bestehend aus den Sektionsvorsitzenden und deren Stellvertreterinnen — zählt circa 20 Personen. Die Sektionen bdsitzen autonome Freiheit. Vorsitzende der Liga ist Dr. Ewelina Wróblewka, die Leiterin des Obersten Vorstandes sämtlicher Zweigvereine im Königreich Polen — Frau Jadwiga Marcinowska. Tätig sind folgende Sektionen: die Kleidungssektion, Etappensektion, Kranken-sektion und Kultursektion. Die letztere hat eine Anfangsschule nebst anderen Schulen für berufstätige Jugend gegründet. Dieser Sektion verdankt auch seine Entstehung das grosszügig angelegte Kinderheim. In diesem Heim sind bereits 300 Kinder vereinigt; das Vorzugsrecht haben die Legionenwaisen und Kriegsoffer u. z. die Kinder verschollener, nach Russland verschleppter Eltern.

Das ist nur ein Teil der weitverzweigten und erspriesslichen Tätigkeit der Frauenliga in Lublin; durch weitgehende Opferwilligkeit zeichnen sich die Leistungen der Frauenliga zugunsten unserer Legionen aus. Die Liga gibt auch eine eigne Zeitschrift „Czyn“ (Die Tat) heraus.

Unter den Beweisen der Selbsthilfe sind besonders diejenigen auf dem Schulgebiete zu betonen: sie sind umso sympatischer, als sie oft von der Bauernschaft herrühren. Haben es doch schon die Einwoher der Bauerngemeinde Liskow zur Gründung eines Progymnasiums gebracht. Die Eröffnung desselben erfolgt im nächsten Schuljahre. Einstweilen werden nur drei Klassen eröffnet. Das Schulgeld beträgt ab 15 Rb. aufwärts halbjährlich. Für die minder bemittelten Schüler wird neben dem Progymnasium eine Pension eingerichtet, die es ihnen ermöglichen wird für bescheidenes Geld (16 Rb. monatlich) vollen Unterhalt nebst Unterricht zu geniessen.

Einen wahren Heisshunger nach Bildung bezeugt die Einwohnerschaft des Chełmer Landes. Ein halbes Jahrhundert geknechtet und russifiziert, möchte sie gegenwärtig alle Entbehrungen und Rückstände so rasch wie möglich beheben. Der Bauer ist gewöhnlich von

Natur wenig freigebig, aber hier erleben wir etwas sehr eigentümliches. Ganz spontan entstanden innerhalb einer kurzen Zeit mehrere aus bäuerlichen Spenden geschaffene Schulen. Zur Stunde gibt es in 13 Gemeinden, die circa 250 Dörfer und Niederlassungen umfassen, 51 Schulen, in denen 56 qualifizierte Lehrkräfte unterrichten. Die Zahl der Schuljugend beträgt 2.500. In den Chełmer Schulen ist die Frequenz noch bedeutend höher. Hier gibt es auch Abendkurse, die von 400 Personen besucht werden.

Am 1. Juli werden alle Anstalten von den Okkupationsbehörden übernommen. In einer kurzen Frist haben diese Anstalten ungemein viel zur Hebung des religiösen und nationalen Bewusstseins der Bevölkerung beigetragen. Bis zum Ausbruch des Krieges waren hier nur zwei Lager: ein katholisch-polnisches und ein orthodox-russisches; das klein-russische Element, stark russifiziert, verschwand gleichzeitig mit den russischen Truppen. Nunmehr bleibt hier der wahre Verweser dieser Erde, der katholisch-polnische Bauer. Die orthodoxe Bevölkerung zählt nur noch 2⁰/₁₀ in einzelnen Kreisen, im ganzen übersteigt sie kaum 10⁰/₁₀. Die Stadt Chełm, die vor dem Kriege 13 orthodoxe und 1 katholische Kirche besass, hatte auf eine 20.000 zählende Bevölkerung 6.000 Orthodoxen, namentlich Tschinowniks, Popen und Militär. Heutzutage zählt man hier auf 14.000 Einwohner kaum 142 Orthodoxen. Das Russifizierungswerk, so viele Jahre hindurch mit soviel Eifer gegen das Polentum betrieben, war künstlich und baufällig und stürzte bei der ersten Gelegenheit zusammen.

Fr. Morski.

*** Vom Büchertisch. ***

Myśl Polska. Pismo poświęcone sprawom politycznym, społecznym i literacko-artystycznym. Księgarnia Towarzystwa Wydawniczego w Warszawie. (Der polnische Gedanke. Zeitschrift für Politik, soziales Leben, Literatur und Kunst. Warschau).

Anfangs 1915 — noch zu Zeiten der russischen Herrschaft —

wurde in Warschau eine Monatsschrift gegründet, die — sagen wir in vorhinein — in jeder Beziehung eine Blüte der polnischen Kultur darstellt und den Vergleich mit den grossen Revues Westeuropas frei aufnehmen kann. Schon das Aeussere: Papier, Druck, Ausstattung machen einen vornehmen Charakter, der, weit entfernt von jedem Snobismus, durchaus künstlerisch und gediegen wirkt. Der Text zerfällt in zwei getrennte Teile: in einen politisch-sozialen und einen literarisch-künstlerischen; dem letzteren werden oft künstlerische Beilagen beigelegt, die auf der Höhe der modernen Reproduktionstechnik stehen.

Die ersten vier Hefte erschienen noch zu Zeiten der Russenherrschaft, die Redaktion wusste aber ihre Ideen der Wachsamkeit des Zensors zu entziehen. Von den Ideen der grossen polnischen Geisteshelden: Mickiewicz, Słowacki, Norwid, Wyspiański durchtränkt, war die Schriftleitung selbstverständlich ein Gegensatz zu den russischen "Kulturträgern": das fühlt man aus allen damals erschienenen Aufsätzen deutlich heraus. Die Redaktion stellte sich damals zur Aufgabe: das Aufwecken und Wachhalten des nationalen Gewissens (Aufsatz von Janusz Jędrzejewicz. Heft 3. 1915) und des nationalen Bewusstseins (Aufsatz von Tadeusz Gruzewski, daselbst), ferner Vorbereitung der denkenden Polen auf die ihrer harrenden historischen Aufgaben. Es wurde daher dem giftigen Wirken der russischen Propaganda entgegengearbeitet: eine Reihe von Aufsätzen (über den Begriff der Nationalität, über Länder und Völker der Republik Polen, über die angebliche Einheit des Slaventums usw.) erörterte die wichtigsten Fragen der Gestaltung des polnischen Lebens, die dem Geiste der damals so zudringlichen russischen Tendenzen total entgegengesetzt waren.

Als die russische Herrschaft endlich zusammenbrach, durfte auch die Redaktion frei aufatmen und ihrem Streben nach Erlangung der nationalen Unabhängigkeit entsprechenden Ausdruck verleihen. Das Heft 5 vom September 1915 ist eine tief durchdachte und ergreifende Programmschrift derjenigen Warschauer Intellektuellen, die die polnische Staatsidee in Einklang mit den Staats- und Kulturinteressen der Zentralmächte zu bringen bestrebt sind. Der Leitartikel bietet uns eine geschichtliche Uebersicht der Polenpolitik im Laufe des 19. Jahrhunderts: Napoleon wird in seiner Halbheit und Unentschlossenheit in der Polenfrage treffend charakterisiert; nun führt in Mitteleuropa Deutschland das grosse Wort: die Redaktion spricht die Hoffnung aus, dass dank Deutschland ein Völkerbund entstehen wird, in dem auch Polen den ihm gebührenden Platz einnehmen wird; ansätze zu dieser Neuordnung sind in der Struktur der österreich-ungarischen Monarchie ersichtlich. In den folgenden Heften werden die prinzipiellen Fragen des Wiederaufbaues Polens von hervorragenden Vertretern der polnischen Kulturwelt einer gründlichen Untersuchung unterzogen. Ueber manche Fragen vernehmen wir pro- und contra-Stimmen: so z. B. wurde eine sehr wichtige Diskussion.

über die Frage des historischen oder ethnographischen Polens durchgeführt. Die ökonomischen Zustände Kongresspolens unter dem Gesichtspunkte der Loströnnung von Russland (Aufsätze von Tenenbaum, Sokołowska, Dzwonkowski, Kernbaum, Edward Grabowski u. a.), die Entwicklung des politischen Gedankens in Polen im 19. Jahrhundert, die Frage des polnischen Kulturtypus (ein hochwichtiger Aufsatz von Artur Górski), die Voraussetzungen der polnischen Tat im gegenwärtigen Völkerringen (Aufsätze von Michał Lempicki, Józef Dąbrowski, Tytus Filipowicz usw.) — all diese Probleme finden hier ihre tiefe Behandlung.

Im literarischen Teile sehen wir mit Vergnügen, dass das Kunstleben in Polen auch inter arma nicht zum Schweigen gebracht wurde. Die hervorragendsten Vertreter der polnischen Dichtung (Żeromski, Miriam, Kasprowicz) und Kritiker ersten Ranges (Matuszewski, Lorentowicz) sind hier nebst Vertretern der jüngeren Generation zu Worte gekommen.

Dem Kunstgeniesser, besonders aber dem Forscher polnischen Lebens bietet die *Myśl Polska* in jeder Beziehung höchwichtiges Material.

Pressestimmen.

I. Deutsche Presse.

Die „Weser-Zeitung“ vom 20. Juni bespricht das bekannte Buch von Dr. Adolf Grabowsky unter folgendem Gesichtspunkte: „Grabowsky will ein staatsrechtlich ungeteiltes Russisch-Polen in seinen bisherigen Grenzen. Dies Kongress-Polen würde Deutschland und Oesterreich-Ungarn als gemeinsame Provinz attachiert werden, ungefähr so wie Bosnien eine gemeinsame Provinz von Oesterreich und Ungarn ist (das sogenannte „Kondominium“ Grabowskys). Jeder der beiden Zentralmächte wird hierbei ein bestimmter Teil Kongress-Polens — jeder ihr Vorland — zur Verwaltung zugewiesen. Dennoch ist die staatsrechtliche Einheit des Ganzen keineswegs nomineller Natur. Für das ganze Land bestehen: eine gemeinsame Landesangehörigkeit, eine gemeinsame Gesetzgebung, ein gemeinsamer Zolltarif, gemeinsame Zentralinstanzen, vor allem ein Landesobergericht, sowie ein gemeinsamer Statthalter (!). Somit wird neben den Einzelbudgets der beiden Verwaltungsbezirke ein gemeinsames Budget für das Ganze vorhanden sein. Selbst die Militärverfassung ist gemeinsam und findet in einem gemeinsamen Verteidigungsrat ihre Spitze. Im übrigen zieht jede der beiden Mächte die in ihrem Verwaltungsteil wohnhaften Landesangehörigen in besondere polnische Regimenter für ihre Wehrmacht ein. Von allem Anfang an werden die Landesangehörigen durchaus an der Lösung der Landesaufgaben beteiligt,

damit sie dies kongress-polnische Gemeinwesen als ihre eigene Sache betrachten. Die örtliche Selbstverwaltung wird man ebenso einführen, wie einen für beide Verwaltungsteile gemeinsamen polnischen Beirat zu Gesetzgebungs- und Budgetzwecken. Dieser Beirat wird dann, je mehr sich die Zustände im Lande festigen, um so weitergehende Kompetenzen erhalten. Den Schlusspunkt der Entwicklung bildet das selbständige polnische Parlament, dessen Wirkungskreis sich auf die besonderen Landesangelegenheiten erstreckt. Also auch hier eine starke Betonung der Zusammengehörigkeit der beiden Verwaltungsteile.

„Der Vorschlag ist als Ganzes abzulehnen. Er hat zwei Kardinalfehler. Erstens geht er von einem abgrundtiefen Optimismus aus, der leider zu wenig Aussicht auf Verwirklichung hat. G. gesteht selbst, dass das Inslebentreten und Amlebenbleiben seiner Regelung im wesentlichen von den unsicheren Polen, dann von einer doch nicht zu verbürgenden Ewigkeit der Innigkeit unseres Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn abhängen werde. Zweitens ist er von einem zu grossen Wohlwollen gegen die Polen diktiert. Beim Frieden ist Deutschland die Hauptsache. Oberste Richtschnur muss uns sein: die strategische Sicherung unserer miserablen Ostgrenze. Ohne eine natürliche Grenzziehung Bober—Narew—Weichsel (Minimum) geht es nun mal nicht; das wird die Grundlage sein müssen. Wie sie im Einzelnen herzustellen sein wird, das hier auch nur anzudeuten ist nicht meines Amtes. — Aber abgesehen von diesen grundsätzlichen Hemmungen bietet Grabowskys Schrift namentlich hinsichtlich der Ostjuden und anderer schwierigen Probleme so viel wertvolle Fingerzeige, dass die Beachtung, die sie bereits gefunden hat, vollauf verdient ist.“

*

*

*

In einem Aufsätze „Die Ueberwindung des Panславismus“ schreibt Dr. J. Reinke, Mitglied des Herrenhauses („Der Tag“ Nr. 181): „Die polnische Nation kann nur im vertrauensvollen Zusammenstehen mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn ihre dauernde Sicherung finden, und russophile Umtriebe dürfen in Zukunft so wenig für Polen wie für Böhmen ein Moment der Beunruhigung bilden. Sie waren bisher eine schwere Bedrohung der Sicherheit des österreichischen Kaiserstaates; nach wie vor ist in dieser Beziehung Vorsicht am Platze, denn in den letzten Sitzungen der russischen Duma sind ganz wie früher von den verschiedenen Seiten her panslawistische Töne angeschlagen worden. Ihre „traditionelle Freundschaft“ für die westslavischen Nationen wollen die Moskowiter noch immer nicht fahren lassen; erkennen indes erst die Westslaven, wo ihr wahres Interesse liegt, nämlich im innigen Zusammenhang mit den übrigen Volkskörpern der österreichischen Monarchie, so werden sie jene angebliche Freundschaft auch richtig bewerten, die nur auf Beugung der westslavischen Stämme unter das russische Joch gerichtet ist.“

Russischer Imperialismus, russischer Nationalismus und russische Eroberungssucht verbunden mit religiöser Propaganda sind von jeher die Triebfedern der russischen „Freundschaft“ gewesen.

„Demgegenüber bleibt den Deutschen Oesterreichs-Ungarns wie uns Reichsdeutschen die Pflicht zu erfüllen, unter Schonung der nationalen Gefühle der Westslaven durch engen wirtschaftlichen und politischen Anschluss ein Vertrauensverhältnis herbeizuführen, das die Brücke zu einer Freundschaft bildet, wie wir sie mit den Bulgaren erreichten. Nur um einen Bund der verschiedenen Nationalitäten kann es sich handeln: keine darf die andere bevormunden oder zurückdrängen wollen. Eine „Vernunftthe“ zwischen Deutschen und Westslaven soll geschlossen werden unter Wahrung der nationalen Selbständigkeit beider Teile. Erst wenn dies geschehen ist, wenn beide Nationalitäten einander unentbehrlich geworden sind, wird der politische Panславismus als überwunden angesehen werden können.

*

*

*

Der „Schlesischen Zeitung“ (Abendblatt vom 16. Juni) wird unter dem Titel „Polnische Stimmungen“ geschrieben: „Die gross angelegte Feier des 3. Mai in Warschau hat, wenn nicht alle Zeichen trügen, einen bemerkenswerten Auf- und Umschwung der Stimmung in Polen zur Folge gehabt, deren Aeusserungen deshalb so interessant sind, weil aus allen den polnischen Zeitungen, die heute ihre Begeisterung über die Toleranz der deutschen Regierung in dem besetzten Polen Ausdruck geben, zugleich das Bewusstsein spricht, dass die Polen damit, wie es in der Lodzer „Godzina Polska“ vom 4. Mai heisst, „den Rubikon überschritten“ haben, dass es nach der feierlichen Absage des 3. Mai eine Rückkehr in die Arme Russlands nicht mehr gibt.

„Der 3. Mai ist der Gedenktag an die Konstitution von 1791, die die Gleichberechtigung der Bürger mit dem Adel herbeiführen, das verhängnisvolle Liberum veto beseitigen und eine Aera der Reformen einleiten sollte, der Jahrestag der Eidesleistung auf diese neue Verfassung durch König Stanislaus August im Landtagssaal des Schlosses zu Warschau. Unter dem russischen Regime war, wie der „Kurjer Warszawski“ zur Feier dieses Tages festgestellt hatte, der historische Gedenktag regelmässig durch Massenverhaftungen, namentlich auch unter der Schul- und Universitätsjugend „begangen“ worden. In diesem Jahre zum ersten Mal nach „120 jähriger russischer Knechtschaft“ hat Warschau den Tag unter gewaltiger Anteilnahme der gesamten Bevölkerung durch Festgottesdienste, einen Festzug, Vorträge, Theatervorstellungen usw. begehen können, die Zeitungen erschienen in Festnummern, kurz der 3. Mai wurde nicht nur wie ein geschichtlicher Gedenktag gefeiert, sondern wie ein Tag der Befreiung. Schon zum Osterfest, am 22. April, hatte der „Goniec

Poranny“ erklärt, bisher hätten die Polen gebetet: Morituri te salutant, Christe! Nun könnten sie wieder beten: Resurrecturi (die Aufstehenden) te salutant! Auch der „Polak-Katolik“ hatte von der Hoffnung auf ein besseres Los gesprochen. Nun, am 3. Mai, wandte sich der „Kurjer Polski“ besonders an die russische Adresse. Er betonte, wie die Feier des 3. Mai an sich so wenig antirussisch sei und gewesen sei, wie etwa die polnischen Nationallieder; den Charakter der antirussischen Demonstration habe diese Feier erst durch die russischen Verbote erhalten. Und in demselben Sinne versichert der „Kurjer Polski“, für das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen sei die Feier des 3. Mai deshalb von besonderer Bedeutung, weil die Genehmigung der für Polen so bedeutsamen und volkstümlichen Erinnerungsfeier ein weiteres wuchtiges Glied in der Reihe bemerkenswerter Tatsachen sei, die die bis dahin noch immer vorhandenen Befürchtungen vor deutschen Germanisierungsabsichten in Polen zerstreuen müssten. Die Errichtung polnischer Hochschulen, polnischer Gerichte, einer polnischen Miliz, des polnischen Fürsorge-rats und nun noch die Feier des 3. Mai bewiesen endgültig, dass Deutschland den Polen ihre eigene Entwicklung, im Sinne eben der Konstitution vom 3. Mai 1791, ermöglichen wolle

„Wie schon aus den mitgeteilten kurzen Stichproben hervorgeht, handelt es sich nicht etwa um vereinzelte Stimmen: die gesamte polnische Presse war einig in der Würdigung des deutschen Verhaltens und über die Bedeutung dieser „Maifeier“. Die „Nowa Gazeta“ sprach von dem Tag als von einem Tag der „Erhebung des Geistes“, der „Kurjer Polski“ betonte, wie die breiten Massen des Volkes, nicht nur bestimmte deutschfreundliche oder abhängige Kreise, die Feier begangen oder besorgt hätten, und sprach von einer „Abrechnung“ mit Russland, und die „Gazeta Łódzka“ versicherte, Polen werde niemals vergessen, dass unter deutschen Behörden diese Feier möglich gewesen sei. Inzwischen ist der Widerhall dieser Feier und dieser Pressestimmen auch in der russischen Presse erschienen. Die jetzt vorliegenden russischen Blätter von Mitte Mai versuchen durchweg, die Feier zu verhöhnen und als „deutsche Inszenierung“ herabzusetzen, die nur den Zweck verfolgt habe, die deutschen Okkupationsbehörden beliebt zu machen und zugleich den Hass gegen Russland zu schüren. Auch dazu nimmt die Warschauer „Nowa Gazeta“ (vom 13. Mai) Stellung. Das Blatt versichert, die deutschen Behörden haben keinen Grund den Hass gegen Russland „hervorzurufen“, der garnicht erst geschürt zu werden brauchte; Das Gefühl des Hasses habe Russland selbst durch seinen hundertjährigen despotischen Druck erzeugt. Die Stimmung unter den von Russland unterdrückten Völkern habe ja deutlich der kürzlich erschienene Sammelauf Ruf der russischen Fremdvölker an den Präsidenten Wilson bewiesen. Dass umgekehrt die patriotische Begeisterung, nun endlich aus den russischen Fesseln befreit, sich

auch in Dankbarkeit der provisorischen deutschen Regierung äussere, sei nicht verwunderlich. Das polnische Volk habe nicht nur ein tiefes Gefühl für seine Rechte und seine historischen Ueberlieferungen, es könne auch verständig und edel auf politische Taten reagieren und wisse genau, wohin es seinen Hass, wohin es seinen Dank zu richten habe.

„Eine einfachere, einleuchtendere Antwort konnte es nicht geben“.

NOTIZEN.

Der Jahrestag der Befreiung Lembergs. Am 22. Juni feierte die Hauptstadt Galiziens und mit ihr das ganze freiheitliche Polen den sich zum ersten Mal jährenden Tag der Befreiung Lembergs. Die polnischen Blätter bringen ausführliche Berichte über die letzten Stunden der Russenherrschaft in der schwer geprüften Stadt. Vor einem Jahre erlebte Lemberg eine wahre dies irae. Am 20. Juni erwachte die Stadt wie aus einem Gespenstertraume: die ganze Nacht hindurch durchzogen die Strassen die nach dem Osten zurückflutenden russischen Heeresmassen. Der nächtliche Alldruck löste sich, und in der Frühe des anbrechenden Morgens erfuhr man von den in aller Eile erfolgten Verhaftungen. Unter anderen wurden festgenommen: eine Anzahl Lemberger Stadträte, Justizräte, der Superior der Jesuiten, der Rektor der Universität Lemberg, Prof. Dr. Beck, und zahlreiche hohe Beamten. Eine Panik entstand in der Stadt. Nur einzelne Läden wurden geöffnet, der Strassenverkehr wurde fast gänzlich eingestellt. In der Luft spürte man Unruhe. Die Wache wurde abgelöst und durch ein Regiment Kosaken ersetzt. In den Nachmittagsstunden fiel wie ein Blitz vom klaren Himmel die Nachricht von der Verschleppung des Präsidenten der Stadt Lemberg, Dr. Rutowskis und beider Vicepräsidenten: Stahl und Schleicher; die Stadt sah sich verlassen, der Beschützer, auf die sie vertraute, beraubt. Indessen wurde der Geschützdonner vom Westen und Süden her immer wahrnehmbarer und näher. Man lauschte mit gespanntem Atem und so oft eine Pause entstand, bemächtigte sich eine Unruhe der Gemüter: man fürchtete ein verhängnisvolles Zeichen darin zu erblicken. Die Russen begannen inzwischen die wichtigsten militärischen Objekte zu zerstören. Keine Verantwortung fürchtend, tauchten aus den Schlupfwinkeln Räuberbanden auf, und zahlreiche Geschäfte und Privatwohnungen fielen ihnen zum Opfer; sogar Blut wurde vergossen . .

Am folgenden Tage nahm der Kanonendonner derart zu, dass die Fensterscheiben bereits klirrten. Es waren die letzten Zuckungen der moskowitzischen Macht. In den Vormittagsstunden des 22. Juni versammelte sich zum ersten Male seit einem Jahre der unvollständige Gemeinderat, um über die Begrüssung des Siegers, dessen

Herannahen niemand mehr bezweifelte, zu beraten. Alles zog hinaus — den Befreiern entgegen. Gerade um die Mittagsstunde zogen die ersten Patrouillen in die Stadt ein. Prof. Chlamtacz begrüßte im Namen der Stadt den General Böhm-Ermolli, ferner Exzellenz Mackensen. Alles jubelte; man fiel sich in die Arme und weinte vor Freude. Die Soldaten wurden mit Blumen überschüttet und von fremden Menschen umarmt. Am selben Tage wurde ein Werbebüro der polnischen Legionen eröffnet. Bald konnte das Büro die Zahl der Freiwilligen nicht fassen; der Andrang wuchs und zum Schluss zählte man mehr als Tausend neue Legionäre. Ein Taumel der Begeisterung löste sich aus allen Herzen im Gefühle der Erleichterung und Befreiung vom grausamen Eindringlinge.

Infolge der ernsten Stimmung der gegenwärtigen Stunde musste von jeder Feierlichkeit Abstand genommen werden, doch hat sich dieses Datum tief in die Geschichte und Seele des polnischen Volkes eingepägt.

Vom Vicepräsidenten des österreichischen Abgeordnetenhauses, Herrn E. Pernerstorfer, erhalten wir folgendes Schreiben:

Sulz-Stangau bei Wien, 20. 6. 16. Sehr geehrter Herr Redakteur, leider kam ich nicht in die Lage, die Korrektur meines im 26. Hefte d. l. J. der „Pol. Bl.“ erschienenen Aufsatzes: „Zur polnischen Frage“ rechtzeitig zu erhalten. Der ist mir weniger wegen der stehen gebliebenen Druckfehler unangenehm, als vielmehr wegen stilistisch ärgerlichen Unebenheiten und wegen des Wegbleibens gewisser beabsichtigten Ergänzungen zu einzelnen Stellen, bei denen mir bei der Niederschrift statistisch sichere Angaben fehlten. Auch hätte ich gerne noch mit grösserem Nachdruck auf die zwei Schriften von B. Segel hingewiesen: Der Weltkrieg und das Schicksal des jüdischen Volkes (Berlin. G. Stilke) und Die polnische Judenfrage (ebenda), die wohl zu den für den behandelten Gegenstand wichtigsten Erscheinungen gehören. Ich bitte Sie, dies Ihren Lesern mitzuteilen.

Hochachtungsvoll E. Pernerstorfer.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.

Für die Redaktion verantwortlich: L. Maliszewski, Wilmeradorf.

Druck: Adler-Druckerei (F. Załachowski), Berlin-Ch. 2, Grolmanstr. 42.

Soeben ist erschienen

IRLAND

von

Dr. G. Chatterton-Hill

Eingeleitet von

Geh. Reg. Rat Dr. Eduard Meyer

ord. Professor a. d. Univers. Berlin

Preis 5 Mark

Aus dem Inhalt:

Die irische Kultur — Der Aufbau der englischen Herrschaft — Unter der Knute — Irland in der Gegenwart — Irland und der Weltkrieg — Irland und die Wehrpflicht — Irische Freiheitsbestrebungen — Die Geheimbünde Irlands „Sinn Fein“ u. a.

Verlag Karl Curtius in Berlin.

Neuerscheinung.

Die polnische Literatur der Gegenwart.

Eine Skizze

von

W. Feldman.

Berlin

Verlag von Karl Curtius

Preis 0,80 Mk.

Pressestimmen über die „Polnischen Blätter“.

Berliner Tageblatt, Nr. 508:

„Unter der bewährten Redaktion von W. Feldman erscheint seit dem 1. d. M. im Verlage von Karl Curtius zu Berlin eine neue, den Bestrebungen der Polen gewidmete Rundschau unter dem Titel: „Polnische Blätter“. Das erste uns vorliegende Heft enthält unter anderem sehr lesenswerte Beiträge.

Die Christliche Welt, Nr. 46:

Polnische Blätter. Es liegen uns die ersten drei Hefte vor.... — Sehr unterrichtend. Hierzu die wichtige Schrift von Feldman oben im alphabetischen Verzeichnis.

Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 558 vom 19. II:

Wer sich über Stimmungen und Strömungen, Hoffnungen und Befürchtungen im polnischen Lager unterrichten will, tut gut, die „Polnischen Blätter“ zu beachten.

Germania, vom 8. X. 1916:

Der bekannte Vorkämpfer für die Lösung der polnischen Frage — Wilhelm Feldman — gibt im Verlag von Karl Curtius, Berlin, eine Rundschau unter dem Titel „Polnische Blätter“ heraus, deren erstes Heft soeben erschienen ist. Aus dem Inhalt erwähnen wir nur die sehr lesenswerten Beiträge u. s. w. Die Zeitschrift wird zur Kenntnis polnischen Wesens in Deutschland beitragen.

Das Grössere Deutschland, Nr. 48:

Herr W. Feldman, der als Herausgeber zeichnet, ist den Lesern unserer Zeitschrift kein Fremder, sein Name bietet eine Gewähr dafür, dass die Zeitschrift im Sinne einer Verständigung zwischen Deutschland und Polen geleitet wird. In diesem Sinne sind auch die Artikel der ersten Nummer gehalten, insbesondere „Unsere Aufgaben“ von Prof. v. Jaworski und „Zur deutsch-polnischen Verständigung“ von K. v. Srokowski...

Ostmärkische Kultur, 1916, Heft 1:

Wertvoll sind die Aufsätze, die die im Verlage von Karl Curtius, Berlin W. 35, herausgegebene Zeitschrift „Polnische Blätter“ bringt.

Der Panther, Nr. XI. 1916:

Eine interessante Kriegsgründung sind die Polnischen Blätter. Sie bringen von polnischer wie von deutscher und österreichischer Seite interessante Beiträge und lassen alle Stimmen zur Geltung kommen, um die neugeschaffene polnische Frage zu klären. Die Aufsätze des Präsidenten des Obersten Polnischen Nationalkomitees, Prof. v. Jaworski, des galizischen Landtagsabgeordneten v. Srokowski, sowie Prof. Brückners und Schmollers Beiträge aus den ersten Heften seien besonders hervorgehoben..

Strassburger Post, 28. Dezbr. 1916:

Die im ersten Jahrgang stehende dreimal monatlich erscheinende Zeitschrift behandelt in sehr interessanter und vielseitiger Weise das Problem der Polen, das durch den Weltkrieg zu so ungewöhnlicher Aktualität gebracht wurde. Obwohl die Herausgeber offenbar Nationalpolen sind und das autonome Königreich anstreben — wohl im Anschluss an Oesterreich-Ungarn, — wird die Nationalitätenfrage mit möglichster Objektivität behandelt und auf ein gutes Verhältnis zwischen Polen und Deutschen hinarbeiten versucht. Wer an dem politischen und nationalen Problem der Polenfrage Interesse nimmt, wird aus diesen Polnischen Blättern Belehrung und wertvolle Aufschlüsse in mancher Hinsicht entnehmen können.

Der Tag, 30. Januar 1916:

Ueber Stimmungen und Strömungen im polnischen Lager unterrichten vortrefflich die „Polnischen Blätter“. Die Grundrichtung der Zeitschrift ist die nationalpolnische, aber diese Richtung wird nicht einseitig und engherzig verfolgt, sondern der Herausgeber lässt auch gern wohlmeinende deutsche Stimmen zu Worte kommen und veranlasst sogar Aeusserungen von deutscher Seite.

Die Welt auf Reisen, Nr. 1. 1916:

„Das schwierigste, aber auch das spannendste Problem unserer Zeit, die Frage der Neugestaltung Polens, findet in dieser Zeitschrift eine lichtvolle, lebensprühende Behandlung. Die besten Kenner der Geschichte, der Verhältnisse Polens und seiner Volkseele scharen sich als Mitarbeiter um den Herausgeber“.